

LER-Sprecher nimmt an der Veranstaltung „Die Schule im Dorf lassen? Die Zukunft der Bildung im ländlichen Raum“ der Heinrich-Böll-Stiftung am 4.12.2013 in Berlin teil. Hier sein Bericht:

Die Veranstaltung besteht aus zwei Teilen, der Vorführung des Films „Sein und Haben“ über eine französische Dorfschule und einer Podiumsdiskussion zum genannten Thema. Anlass ist die kürzliche Veröffentlichung des Berichtes der Demografiekommission Brandenburg.

An der sich anschließenden Podiumsdiskussion nehmen teil:

Frau Erdsiek-Rave, Vorsitzende der Demografiekommission und ehemalige Bildungsministerin (SPD) von Schleswig Holstein

Frau von Halem, Kommissionsmitglied und bildungspolitische Sprecherin der Fraktion B90/Grüne
Herr Seelbach, Sprecher des Landesrates der Eltern Brandenburg

Zunächst wird der französische Dokumentarfilm „Sein und Haben“ gezeigt, der den Alltag in einer Dorfschule zeigt. Es wird deutlich, dass auch altersdifferenzierte (Klein-)Gruppen im elementaren Bereich mit individueller Betreuung und auch Phasen selbständigen Lernens unterrichtet werden können. Allerdings sehen einige Besucher diese Art der Kleinschule kritisch. Die Präsenz des einzigen Lehrers ist allgegenwärtig, er ist die einzige Bezugsperson, schon fast Elternersatz.

Die Podiumsdiskussion wird von Philip Antony moderiert.

Frau Erdsiek-Rave referiert die Ausgangslage der demografischen Entwicklung in Brandenburg. Bis 2013 sind dramatische Rückgänge an Schülerzahlen zu erwarten. Frau von Halem stellt die 4 Varianten vor und begründet, warum sich die Kommission für Variante 3 entschieden hat.

Herr Seelbach vom Landesrat der Eltern berichtet, dass viele Eltern im ländlichen Raum Angst haben, abgehängt zu werden und befürchten, dass in Zukunft zu wenige Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Der Landeselternrat sieht in der von der Kommission empfohlenen Filiallösung einen guten Kompromiss zwischen Anforderungen an die Qualität und dem Wunsch nach kurzen Schulwegen. Diese Reform müsse jedoch gut vorbereitet werden und die Gesellschaft und Politik müsse bereit sein, mehr Geld in das Bildungssystem zu stecken, um beispielsweise Lehrkräfte für den ländlichen Raum zu motivieren. Die notwendigen Schulreformen müssen langfristig angelegt werden, denn sie greifen erfahrungsgemäß nicht in einer einzigen Legislaturperiode. Das stufenübergreifende Lernen muss gut vorbereitet werden, Erfahrungen mit Flex haben gezeigt, wie schwierig das ist. In Randregionen sollten Verbundlösungen angestrebt werden. Er erwartet von der Politik, dass kreis- und länderübergreifende Lösungen gefunden werden, wenn das vor Ort gefordert wird. Gegenseitige Vorbehalte und Vorurteile müssten überwunden werden, um die Zusammenarbeit zu gewährleisten. Er sieht bei den Eltern vor Ort durchaus Bereitschaft, den Erhalt der kleinen Grundschulen zu unterstützen und appelliert an die Politik, auch pragmatische Lösungen zu ermöglichen.

Frau Mühlens-Hackbarth vom Landeslehrerrat verweist auf die besonderen Belastungen, die Lehrkräfte schon jetzt haben, wenn sie an verschiedenen Schulen unterrichten. Dabei geht es nicht nur um die weiten Wege, sondern auch darum, dass die Schulen sich in Pädagogik, Kommunikation und Profil unterscheiden und eine mehrmalige Umstellung von Tag zu Tag nicht einfach ist. Sie erhofft sich von der Filialorganisation eine Verbesserung, denn diese würden nach einem einheitlichen Konzept arbeiten.

Alle Beteiligten waren sich einig, dass jetzt im Anschluss an diesen Bericht ein Konzept für die weiterführenden Schulen erarbeitet werden müsse